

Stellungnahme des VAUNET zur Neufassung des MDR-Staatsvertrages

Referentenentwurf der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (18.11.2020)

10. Dezember 2020

- rot sind die Änderungen des Referentenentwurfes der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (18.11.2020)

Referentenentwurf der Länder von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum MDR-Staatsvertrag (18.11.2020)	Anmerkungen des VAUNET
<p>Präambel</p> <p>Der Freistaat Sachsen, das Land Sachsen-Anhalt und der Freistaat Thüringen kommen darin überein, nach einem erfolgreichen Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks den Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk zu überarbeiten und zu modernisieren. Sie wollen damit den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen stärken, in den drei mitteldeutschen Ländern die kulturelle Vielfalt und Identität fördern sowie zum demokratischen Dialog, zur Sicherung der Meinungsvielfalt und Erhalt der Lebensgrundlagen und des Friedens beitragen.</p> <p>Im Rahmen einer konvergenten Medienwelt soll der Mitteldeutsche Rundfunk durch die Herstellung und Verbreitung seiner Angebote als Medium und Faktor des Prozesses freier Meinungsbildung wirken. Der Mehrländeranstalt kommt dadurch eine besondere publizistische Bündelungswirkung und Einordnungsfunktion zu.</p> <p>Die qualitativ hochwertigen und multimedialen Angebote des Mitteldeutschen Rundfunks sollen dazu insbesondere das öffentliche Geschehen, die politischen Ereignisse, das kulturelle Leben sowie Entwicklungen in der Gesellschaft darstellen und dabei umfassend die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte einbeziehen. Die Angebote müssen sich an sämtliche Bevölkerungsgruppen richten und alle Altersgruppen erreichen. Bei dieser Angebotsrealisierung sind regionale Produzenten zu berücksichtigen.</p> <p>Der Mitteldeutsche Rundfunk trägt dazu bei, dass die Wahrnehmbarkeit der Abbildung der Lebenswirklichkeit der Menschen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in dem ARD-Gemeinschaftsangebot erhöht wird. Dabei ist es Ziel, die gemeinschaftliche Kraft des als Mehrländeranstalt konzipierten Mitteldeutschen Rundfunks in alle seine Regionen wirken zu lassen.</p>	<p>Der VAUNET hielte es für besser, die Präambel neutral zu formulieren und keine qualitativen Bewertungen von Angeboten des MDR vorzunehmen. Dies ist vor allem Aufgabe der MDR-Gremien, insbesondere des Rundfunkrates.</p>

<p>§ 1 Aufgabe und Rechtsform</p> <p>(1) Die Rundfunkanstalt Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) wird als ist eine gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk und Telemedienangeboten in den Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Sendegebiet) mit Sitz in Leipzig errichtet.</p> <p>(2) Der MDR hat das Recht der Selbstverwaltung. Er gibt sich eine Satzung.</p> <p>(3) Eine Konkursfähigkeit des Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des MDR besteht findet nicht statt.</p> <p>(4) Für den MDR gelten die rundfunkrechtlichen Staatsverträge der Länder.</p>	<p>Der VAUNET weist darauf hin, dass aus seiner Sicht die vor Inkrafttreten des Medienstaatsvertrages (MStV) und des neuen MDR-StV bestehenden Telemedienkonzepte des MDR und der ARD weiterhin Bestand haben und über das darin beschriebene Angebot nicht hinausgegangen werden kann. Neue Telemedienangebote müssen auch weiterhin einem Drei-Stufen-Testverfahren nach § 32 Abs. 4 MStV unterzogen werden.</p>
<p>§ 3 Programme Angebote</p> <p>(1) Der MDR veranstaltet drei Hörfunkprogramme, die über UKW verbreitet werden. Eines dieser Hörfunkprogramme besteht aus drei unterschiedlichen Landesprogrammen für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (§ 4). Ein Hörfunkprogramm nach Satz 1 kann über Satellit abgestrahlt werden. Der MDR kann ein weiteres überregionales Hörfunkprogramm veranstalten, das über Mittelwelle verbreitet wird.</p> <p>(1) Angebote des MDR sind Rundfunkprogramme (Hörfunk und Fernsehen) und Telemedienangebote. Der MDR beteiligt sich an den Angeboten, die gemeinsam mit der ARD und dem ZDF gemäß den staatsvertraglichen Ermächtigungen veranstaltet werden.</p> <p>(2) Der MDR beteiligt sich nach Maßgabe einer Vereinbarung mit den anderen Ländern an dem Fernsehgemeinschaftsprogramm der ARD. Die Sendungen außerhalb der für das Gemeinschaftsprogramm vorgesehenen Zeiten sind Landesprogramme (§ 4). Der MDR veranstaltet weiter ein gemeinsames Fernsehprogramm (Mitteldeutsches MDR Fernsehen), in dem auch Beiträge der Landesrundfunkhäuser enthalten sein sollen, die jeweils ein landesspezifisches Erscheinungsbild aufweisen. Außerdem Das MDR Fernsehen ist die Möglichkeit offen zu halten, dieses Programm in die Länder auseinanderzuschalten; die auseinandergeschalteten Sendungen sind Landesprogramme (§ 4) in</p>	<p>Die Streichung des bisherigen § 3 Abs. 1 MDR-StV, der die Verbreitungswege festschreibt, sollte nicht zur Folge haben, dass ein Programmtausch über die Verbreitungswege hinweg stattfinden kann, z. B. in der Form, dass das bislang nur in Sachsen-Anhalt über UKW empfangbare Angebot MDR SPUTNIK künftig auch in Sachsen und Thüringen über UKW empfangbar wäre und dafür zum Beispiel MDR KULTUR ein reines Digitalangebot würde.</p> <p>Der UKW-Verbreitungsweg ist für die privaten Hörfunkangebote im MDR-Gebiet nach wie vor der wichtigste Verbreitungsweg. Die UKW-Verbreitung eines weiteren Jugendradios neben JUMP könnte für die jungen privaten Angebote den Wettbewerb erheblich verschärfen und zu massiven Reichweitenverlusten führen.</p>

angemessenem Umfang landesspezifisch auseinanderzuschalten (Landesprogramme).

(3) Der MDR veranstaltet im Hörfunk neben den drei Landesprogrammen für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen weitere Hörfunkprogramme mit den Schwerpunkten Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung. Hierzu gehören auch drei digitale terrestrische Hörfunkprogramme gemäß § 29 Absatz 2 Satz 2 Medienstaatsvertrag.

Die Anzahl der Hörfunkprogramme, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Staatsvertrags verbreitet wurden, darf nicht überschritten werden.

(4.3) Soweit zuständig stellen die Länder ~~weisen~~ dem MDR die für die ~~Programme~~ Angebote benötigten technischen Übertragungsmöglichkeiten ~~einvernehmlich zu~~ zur Verfügung. ~~Dies gilt auch für die Veranstaltung weiterer Programme und Landesprogramme.~~ Bei der Auswahl des Übertragungsweges hat der MDR die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.

(4) Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der MDR ~~sendetechnisch und programmlich vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten wie andere Landesrundfunkanstalten.~~

Der VAUNET spricht sich dafür aus, den Auftrag der Rundfunkanstalten konkret und präzise zu definieren und ihn auf Information, Bildung und Kultur zu fokussieren. Dazu zählt auch, konkret zu benennen, welches der weiteren Hörfunkprogramme über welchen Schwerpunkt verfügt. Beispielhaft sei hier der RBB-Staatsvertrag (§ 4 Abs. 2 RBB-StV) erwähnt, der die Schwerpunkte konkreten Programmen zuordnet. Des Weiteren muss gewährleistet werden, dass neben dem Schwerpunktthema die anderen Kernauftragsziele Information, Bildung und Kultur, in den „weiteren Hörfunkprogrammen“ ebenfalls in deutlichem Umfang vorhanden sind. Ein Blick auf die jungen MDR-Wellen zeigt, dass Information hier stark unterrepräsentiert ist. Laut der letzten ARD-Hörfunkstatistik von 2017 lag der **Anteil von Musik und Unterhaltung bei „MDR JUMP“ und „MDR Sputnik“ bei 85 bzw. 91 Prozent**, der Informationsanteil bei 14 bzw. 9 Prozent. Insbesondere die Entstehung reiner Unterhaltungsprogramme lehnt der VAUNET ab. Der MDR sollte vielmehr konkret damit beauftragt werden, Programmangebote zu realisieren, wie sie nicht bereits vom privaten Medienanbietern am Markt erbracht werden.

Es wäre aus Gründen der Transparenz und Auftragskontrolle zudem hilfreich, wenn die Rundfunkanstalten weiterhin detaillierte Angaben zu ihren Angebots- und Programmprofilen veröffentlichen.

Der VAUNET begrüßt, dass dem Medienstaatsvertrag folgend, die Anzahl der Hörfunkprogramme nicht erhöht werden darf. Aus Sicht des VAUNET sollte auch im MDR-Staatsvertrag festgeschrieben werden, dass der Wechsel eines rein digital verbreiteten Hörfunkprogramms auf UKW weiterhin nicht möglich ist (§ 29 Abs. 2 S. 6 MStV)

<p>(5) Der MDR hat darauf hinzuwirken, dass die vollständige Versorgung der Rundfunkteilnehmer mit Landesprogrammen unverzüglich im Rahmen seiner technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sichergestellt wird. Diese Verpflichtung hat Vorrang vor der vollständigen Versorgung mit seinen übrigen Programmen und vor seinen sonstigen Entwicklungsmöglichkeiten.</p>	
<p>§ 13 10 Dauer der Werbung und Sponsoring</p> <p>(1) Für den MDR gelten die auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk anwendbaren Bestimmungen des Medienstaatsvertrages über Werbung und Sponsoring in der jeweils gültigen Fassung sowie die nachfolgenden Bestimmungen.</p> <p>(1.2) Der MDR veranstaltet Werbung im ersten Fernsehprogramm. Der zeitliche Umfang der Werbung wird durch Vereinbarung der Ministerpräsidenten festgelegt. Nach 20 Uhr sowie an Sonntagen und im gesamten Bundesgebiet anerkannten Feiertagen dürfen Werbesendungen nicht ausgestrahlt werden nach § 28 Abs. 1 Nr. 1 des Medienstaatsvertrags.</p> <p>(2.3) Der MDR kann in zwei seinen Hörfunk Landesprogrammen gemäß § 4 [Abs. 1 ?] Satz 1 und in einem weiteren Programm werben. Der zeitliche Umfang der Werbung wird durch Vereinbarung der Ministerpräsidenten festgelegt. Die Werbung darf jedoch insgesamt 90 Minuten werktäglich im Jahresdurchschnitt nicht überschreiten.</p>	<p>Der VAUNET geht davon aus, dass es sich beim Verweis auf § 4 MDR-StV-RefE in § 10 Abs. 3 S. 1 MDR-StV-RefE um § 4 Abs. 1 S. 1 MDR-StV-RefE handeln soll. Es erstaunt, dass gerade beim MDR-„Kernprodukt“, bei den Landesprogrammen, der höchste Kommerzialisierungsgrad per Gesetz festgeschrieben werden soll. Aus Sicht des VAUNET verpassen die Staatsvertragsgeber die Chance, die Einführung des NDR-Modells (Werbung in nur einem Hörfunkprogramm mit einem Umfang von maximal 60 Minuten werktäglich) in Betracht zu ziehen. Der MDR könnte somit eine Profilschärfung mit Fokus auf den Programmauftrag vollziehen</p>
<p>§ 14 15 Organe</p> <p>(1) Die Organe des MDR sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Rundfunkrat, 2. der Verwaltungsrat, 3. der Intendant. <p>(2) Organ oder Mitglied eines Organs kann nur sein, wer frei von Belastungen der Vergangenheit im Sinne der für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst der Länder geltenden Voraussetzungen ist.</p> <p>(3) Die Mitgliedschaft im Rundfunkrat und die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat schließen sich gegenseitig aus. Ein Mitglied kann dem Rundfunkrat oder dem Verwaltungsrat in höchstens drei Amtsperioden angehören. Die Amtsdauer in</p>	

beiden Gremien darf vier Amtsperioden nicht überschreiten. § 44 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

~~(4) Kein Angestellter oder ständiger Mitarbeiter des MDR kann Mitglied des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates sein.~~

~~(5) Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften des Bundes und der Länder, des Europäischen Parlaments und der Regierungen des Bundes oder eines der Länder können dem Rundfunkrat mit Ausnahme seiner Mitglieder nach § 10 Absatz 1 Nummer 2 nicht angehören.~~

~~(6) Dem Rundfunkrat darf nur angehören, wer zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder wählbar ist und im Sendegebiet wohnt.~~ [ist jetzt Absatz 8]

~~(7) Die Mitglieder des Rundfunkrates haben bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Sie sind ihrer Amtsführung an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden.~~ [ist jetzt Absatz 9]

(4) Dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat dürfen nicht angehören:

- a) Mitglieder des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestags oder eines Landtags,
- b) Mitglieder der Europäischen Kommission, der Bundesregierung oder einer Landesregierung,
- c) hauptamtliche kommunale Wahlbeamte,
- d) Beamte, die jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden können,
- e) Vertreter der kommunalen Spitzenverbände auf Leitungsebene,
- f) Mitglieder im Vorstand einer Partei nach § 2 Absatz 1 Satz 1 des Parteiengesetzes auf Bundes- oder Landesebene; die alleinige Mitgliedschaft in einem Parteischiedsgericht gemäß § 14 des Parteiengesetzes steht einer Mitgliedschaft im Rundfunkrat oder Verwaltungsrat nicht entgegen.

Ausgenommen von Satz 1 sind die Vertreter nach § 16 Absatz 1 Nummern 1, 2 und 11 sowie ein Anteil von höchstens einem Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates.

(5) Die Mitglieder des Rundfunkrats und des Verwaltungsrats dürfen keine wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen haben, die geeignet sind, die Erfüllung ihrer Aufgaben als Mitglieder des Rundfunkrats oder des Verwaltungsrats zu

gefährden (Interessenkollision). Ferner dürften dem Rundfunkrat oder Verwaltungsrat nicht angehören:

- a) Angestellte oder arbeitnehmerähnliche Mitarbeiter des MDR,
- b) Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis zu einem Tochterunternehmen des MDR oder zu einem mit diesem verbundenen Unternehmen (§ 15 Aktiengesetz) stehen,
- c) Personen, die den Aufsichtsorganen oder Gremien eines anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalters angehören oder in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis oder in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis zu diesem stehen,
- d) Personen, die privaten Rundfunk veranstalten, den Aufsichtsorganen oder Gremien eines privaten Rundfunkveranstalters, eines Anbieters von Telemedien oder eines Betreibers einer Plattform oder eines mit diesem verbundenen Unternehmens (§ 15 Aktiengesetz) angehören oder in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis zu diesem stehen,

e) Personen, die den Aufsichtsorganen oder Gremien einer Landesmedienanstalt angehören oder Organen, denen sich eine Landesmedienanstalt zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient, oder die zu diesen Organen oder einer Landesmedienanstalt in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen.

(6) Der in den Absatz 4 Satz 1 und Absatz 5 genannte Personenkreis kann frühestens 12 Monate nach dem Ausscheiden aus seinem dort genannten Amt oder seiner dort genannten Funktion in den Rundfunkrat oder Verwaltungsrat entsandt oder gewählt werden. Für den in Absatz 4 Satz 1 genannten Personenkreis gilt Absatz 4 Satz 2 entsprechend.

(7) Kein Mitglied des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates darf für ~~die Anstalt~~ den MDR gegen Entgelt oder für ein anderes Rundfunkunternehmen oder

Aus Sicht des VAUNET stellt die Verbotsnorm in § 15 Abs. 5 lit d MDR-StV-RefE für Personen des privaten Rundfunks eine überharte Ungleichbehandlung gegenüber anderen Wirtschaftsvertretern dar. Auch andere Wirtschaftsrepräsentanten, wie Filmproduzenten, stehen im Wettbewerb zum MDR, zum Beispiel zu dessen kommerziellen Produktionsgesellschaften. Sie könnten dennoch z. B. als Vertreter der Arbeitsgeberverbände Mitglied des MDR-Rundfunkrates werden. Dass die Norm insbesondere auch Vertreter von Aufsichtsorganen und Gremien die Mitgliedschaft versagen will, geht an der Lebenswirklichkeit vorbei. Vertreter gesellschaftlicher Gruppen sind auch in Programmbeiräten oder ähnlichen Gremien des privaten Rundfunks tätig. Mit der Regelung des § 15 Abs. 5 lit d MDR-StV-RefE könnten fachlich versierte Personen keine Aufsichtsfunktion über den MDR vornehmen, nur weil sie ähnliche bereits in der Privatwirtschaft leisten. Auch parlamentarische Mandatsträger oder in gesellschaftlichen Organisationen aktive Menschen sollte wegen ihrer Nähe zum privaten Rundfunk nicht die Mitgliedschaft im Rundfunkrat verwehrt werden.

<p>einen Zusammenschluss von Rundfunkunternehmen tätig sein. Dies gilt nicht für eine gelegentliche nichtständige Vortragstätigkeit.</p> <p>(9) Kein Mitglied des Rundfunkrates oder des Verwaltungsrates darf als Inhaber, Gesellschafter, Vorstandsmitglied, Angestellter oder Vertreter eines Unternehmens unmittelbar oder mittelbar mit dem MDR für eigene oder fremde Rechnung Rechtsgeschäfte abschließen. Dies gilt auch für Unternehmen, die gemeinnütziger Art sind. Wenn eine Interessenkollision nach Absatz 8 oder diesem Absatz festgestellt wird, endet die Mitgliedschaft. [ist jetzt Absatz 5]</p> <p>(8) Dem Rundfunkrat und dem Verwaltungsrat darf nur angehören, wer zu den gesetzgebenden Körperschaften der Länder wählbar ist und im Sendegebiet wohnt.</p> <p>(9) Die Mitglieder des Rundfunkrates haben bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Sie sind ihrer Amtsführung an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden.</p>	
<p>§ 20 17 Aufgaben des Rundfunkrats</p> <p>(1) Der Rundfunkrat vertritt die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks; dabei trägt er der Vielfalt der Meinungen der Bürger Rechnung. Er wacht darüber, dass der MDR seinen Aufgabe nach dem Staatsvertrag staatsvertraglichen Auftrag erfüllt, soweit nicht der Verwaltungsrat zuständig ist, und übt die ihm hierzu eingeräumten Kontrollrechte aus. Er vertritt die Interessen der Allgemeinheit auf dem Gebiet des Rundfunks; dabei trägt er der Vielfalt der Meinungen der Bürger Rechnung.</p> <p>(2) Der Rundfunkrat überwacht die Einhaltung der für die Programme-Angebote geltenden Grundsätze (§§ 6-8 und 9 8) und hierzu erlassener Richtlinien und berät den Intendanten in allgemeinen ProgrammaAngelegenheiten der Angebote. Er kann feststellen, dass einzelne Sendungen-Angebote gegen diese Grundsätze verstoßen und den Intendanten mit schriftlicher Begründung auffordern, einen festgestellten Verstoß nicht fortzusetzen oder künftig zu unterlassen. Soweit die Landesprogramme nach § 4 Absatz 2 Satz 1 vom Direktor des Landesfunkhauses verantwortet werden, treten die Mitglieder des Rundfunkrates des jeweiligen Landes an die Stelle des Rundfunkrates.</p> <p>(3) Der Vorschlag des Intendanten für die Berufung eines Landesfunkhausdirektors bedarf der Zustimmung des Rundfunkrates. Die Berufung erfolgt auf Zeit und darf</p>	<p>Der VAUNET begrüßt, dass im Referentenentwurf zahlreiche Vorschläge zur Erhöhung der Transparenz, wie z. B. in § 20 Abs. 4 MDR-StV-RefE, vorgelegt werden. Aus Sicht des VAUNET könnten die Kontrolle und Transparenz über Tätigkeit und Struktur des MDR noch dahingehend verbessert werden, dass der Rundfunkrat auch kontrollieren sollte, ob die MDR-Beteiligungen umfassend der Auftragserfüllung dienen.</p>

nicht gegen das Votum der Mehrheit der Mitglieder des Rundfunkrates, in deren Land das Funkhaus liegt, erfolgen.

(4) Der Rundfunkrat hat ferner folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über die Satzung im Benehmen mit dem Verwaltungsrat,
2. Beschlussfassung über Richtlinien der ~~Programmangebots~~gestaltung,
3. Wahl und Abberufung des Intendanten,
4. Zustimmung zur Berufung der ~~Programmdirektoren, des Verwaltungsdirektors, des Betriebsdirektors (Technik und Produktion) und des juristischen Direktors,~~
5. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Verwaltungsrates,
6. Genehmigung des Wirtschaftsplanes; dabei kann der Rundfunkrat über den vom Verwaltungsrat festgestellten Gesamtansatz der Aufwendungen nicht hinausgehen,
7. Genehmigung des Jahresabschlusses,
8. Zustimmung bei der Übernahme von Verpflichtungen im Wert von mehr als ~~10~~ 2 Millionen ~~DM~~ Euro bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von Programmteilen,
9. Zustimmung zu Kooperationen der Landesfunkhäuser mit Dritten gemäß § 4 Absatz ~~5~~ 4 Satz 3, soweit diese von besonderem Gewicht und von längerer Dauer sind.

(5) Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben sind dem Rundfunkrat und seinen Ausschüssen vom Intendanten und vom Verwaltungsrat Auskünfte zu erteilen und Einsicht in die Unterlagen des MDR zu gewähren.

§ ~~25~~ 22 Zusammensetzung des Verwaltungsrates

(1) Der Verwaltungsrat besteht aus ~~sieben~~ zehn Mitgliedern, die vom Rundfunkrat gewählt werden, und zwar ~~drei~~ vier Mitgliedern aus dem Freistaat Sachsen und je ~~zwei~~ drei Mitgliedern aus dem Land Sachsen-Anhalt und dem ~~Land~~ Freistaat Thüringen. ~~Wählbar sind auch Mitglieder des Rundfunkrats. § 15 Absatz 3 Satz 1 ist zu beachten. Die Mitglieder des Rundfunkrats sind berechtigt, Wahlvorschläge zu machen.~~

(2) Bei der Wahl der Mitglieder ist ein ausgewogener Geschlechterproporz zu wahren. Es sollen mindestens vier Frauen und mindestens vier Männer gewählt werden. Sofern ein neues Mitglied gewählt wird, soll einem Mann eine Frau und einer Frau ein Mann nachfolgen, sofern sich nicht aus Satz 1 und 2 etwas anderes ergibt.

Der VAUNET begrüßt, dass in § 17 Abs. 4 Nr. 8 MDR-StV-RefE der Schwellenwert für die Zustimmung von Verpflichtungen auf zwei Millionen Euro gesenkt wurde. Dadurch erlangen die Mitglieder des Rundfunkrates mehr Einblick, ob die Finanztätigkeiten des MDR auftragsgerecht erfolgen. Der VAUNET weist darauf hin, dass bei anderen Rundfunkanstalten der Schwellenwert noch niedriger angesetzt ist, z. B. im RBB-StV (§ 13 Abs. 3 Nr. 4 RBB-StV = 250.000 Euro).

Dem Verwaltungsrat als zentrales Organ zur Kontrolle der Rundfunkanstalten und ihrer Beteiligungen sollten vor allem Experten angehören. So sieht zum Beispiel der Referentenentwurf zum NDR-Staatsvertrag (23.10.2020) in § 25 Abs. 2 NDR-StV-RefE vor: „Die Mitglieder des Verwaltungsrats müssen über die für die Tätigkeit im Verwaltungsrat erforderliche fachliche Qualifikation verfügen. Hierzu zählen Kenntnisse auf den Gebieten der Finanzwirtschaft oder -wissenschaft, Haushaltswirtschaft, der Medienwirtschaft oder -wissenschaft, des Journalismus oder vergleichbarer, geeigneter Qualifikationen.“.

<p>(2 3) Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben die Interessen des MDR zu fördern. Sie sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an Aufträge oder Weisungen nicht gebunden.</p> <p>(3) § 21 18 Absatz 3 4 gilt für Mitglieder des Verwaltungsrates entsprechend.</p>	
<p>§ 34 28 Zustimmungsbefürchtige Angelegenheiten</p> <p>(1) Der Intendant bedarf in folgenden Angelegenheiten der Zustimmung des Verwaltungsrates:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abschluss und Kündigung von Anstellungsverträgen mit Angestellten, deren Bezüge über der höchsten Tarifgruppe liegen, 2. Mitarbeiterstatute oder vergleichbare Regelungen, 3. Abschluss von Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen, 4. Einführung von Hörfunkwerbung, 5. Vereinbarung mit anderen Rundfunkveranstaltern im Rahmen von § 4 Absatz 5 Satz 3, 6. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, 7. Erwerb und Veräußerung von Unternehmen sowie Beteiligungen an ihnen, 8. Aufnahme von Anleihen und Inanspruchnahme von Krediten, soweit nicht im Wirtschaftsplan vorgesehen, 9. Übernahme von fremden Verbindlichkeiten, Bürgschaften und Garantien und 10. Übernahme von Verpflichtungen im Werte von mehr als 10 2 Millionen DM Euro außer bei Verträgen über die Herstellung oder den Erwerb von Programmteilen. <p>(2) In den Fällen von Absatz 1 Nummern 4 und 5 beteiligt der Verwaltungsrat vor seiner Entscheidung den Rundfunkrat.</p>	<p>siehe zu § 17 Abs. 4 Nr. 8 MDR-StV-RefE</p>
<p>§ 33 30 Jahresabschluss- und Geschäftsbericht</p> <p>(1) Der Intendant hat nach Abschluss des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Geschäftsbericht aufzustellen. Der Geschäftsbericht hat einen umfassenden Einblick in die Vermögens- und Ertragsverhältnisse des MDR einschließlich seiner Beziehungen zu Beteiligungsunternehmen Unternehmen, an denen er unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu vermitteln. In diesem Rahmen ist der Jahresabschluss eingehend zu erläutern und auch über die Vorgänge von besonderer Bedeutung zu berichten, die nach Ablauf des Geschäftsjahres eingetreten sind.</p>	

(2) Der Geschäftsbericht des MDR hat insbesondere folgende Angaben zu enthalten:

1. Angaben über die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Bezüge des Intendanten und seiner Direktoren unter Namensnennung, insbesondere auch für:

- a) Leistungen, die den genannten Personen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind,
- b) Leistungen, die den genannten Personen für den Fall der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit zugesagt worden sind, mit ihrem Barwert sowie den vom MDR während des Geschäftsjahres dafür aufgewandten oder zurückgestellten Beträge,
- c) während des Geschäftsjahres vereinbarte Änderungen dieser Zusagen und
- d) Leistungen, die einer der betroffenen Personen, die ihre Tätigkeit im Laufe des Geschäftsjahres beendet hat, in diesem Zusammenhang gewährt worden sind.

2. Angaben über die Höhe des Anspruchs der Mitglieder von Rundfunkrat und Verwaltungsrat auf Aufwandsentschädigungen, Tagegelder und Sitzungsgelder gemäß § 18 Absatz 4 sowie § 22 Absatz 4.

3. Angaben über die Tarifstrukturen und eine strukturierte Darstellung der außertariflichen Vereinbarungen,

4. Angaben über die Beauftragung Dritter im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 1, und zwar sitzlandbezogen aufgeschlüsselt nach den auf die MDR-Hauptredaktionen entfallenden Auftragsvolumina,

5. Angaben über die Beauftragung von Personen mit Darstellung der Höhe der Gesamtvergütung sowie dazugehörigen Tätigkeiten, bei denen das Auftragsvolumen von 150.000 Euro im Jahr überschritten wird.

~~(2-3)~~ Der Jahresabschluss ist ~~entsprechend den aktienrechtlichen~~ nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufzustellen und vor der Feststellung zu prüfen. Der Abschlussprüfer ist auch mit den Feststellungen und Berichten nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes zu beauftragen.

~~(3-4)~~ Jahresabschluss, Prüfungsbericht und Geschäftsbericht werden ~~vom Intendanten~~ den Regierungen und Rechnungshöfen der Länder übermittelt.

Der VAUNET begrüßt, dass im Referentenentwurf zahlreiche Änderungen zur Verbesserung der Transparenz, wie hier in § 30 Abs. 2 MDR-StV-RefE, vorgenommen werden.

Aus Sicht des VAUNET könnte die Transparenz, insbesondere bezüglich der kommerziellen Tätigkeiten verbessert werden, z. B. bzgl. der Darstellung der Umsätze mit Werbung und Sponsoring in den MDR-Angeboten (nicht nur die Gesamtumsätze der MDR-Werbung GmbH).

<p>(4 5) Nach Genehmigung des Jahresabschlusses veröffentlicht der Intendant MDR eine Gesamtübersicht über den Jahresabschluss und eine Zusammenfassung der wesentlichen Teile des den Geschäftsberichts.</p>	
<p>§ 35 32 Finanzkontrolle</p> <p>(1) Die Rechnungshöfe der Länder prüfen die Wirtschaftsführung des MDR gemeinsam.</p> <p>(2) Die Rechnungshöfe prüfen die Wirtschaftsführung bei solchen Unternehmen des privaten Rechts, an denen der MDR unmittelbar, mittelbar oder zusammen mit anderen Anstalten oder Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Mehrheit beteiligt ist und deren Gesellschaftsvertrag oder Satzung diese Prüfungen durch die Rechnungshöfe vorsieht. Der MDR ist verpflichtet, für die Aufnahme der erforderlichen Regelungen in die Gesellschaftsverträge oder die Satzung der Unternehmen zu sorgen.</p> <p>(2 3) Die Rechnungshöfe der Länder teilen das Ergebnis der Prüfungen ausschließlich dem Verwaltungsrat, dem Rundfunkrat, dem Intendanten, und den Ministerpräsidenten der Länder mit. Die Ministerpräsidenten unterrichten die Landtage über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung der Rechnungshöfe. Landesregierungen und den Landtagen mit. Im Übrigen gilt § 37 des Medienstaatsvertrages entsprechend.</p> <p>(3 4) Auf Ersuchen eines Landtages oder der Die Regierung eines der Länder Landes kann eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragen, sich der Rechnungshof dieses Landes gutachterlich zu den Fragen zu äußern, die für die Beurteilung der Wirtschafts- und Finanzlage des MDR von Bedeutung sind.</p> <p>(4 5) Die Vorschriften der Landeshaushaltsordnungen der Länder über Unternehmen in der Rechtsform einer landesunmittelbaren juristischen Person des öffentlichen Rechts sind in der bei Inkrafttreten dieses Staatsvertrages jeweils geltenden Fassung im übrigen anzuwenden, soweit sie ihrem Wesen nach auf die Rechtsstellung einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt anwendbar sind.</p>	<p>Auch wenn der neue § 32 Abs. 2 MDR-StV-RefE weitestgehend den Vorgaben des § 43 MStV entspricht, setzt sich der VAUNET dafür ein, dass sich eine Kontrolle nicht nur auf die Mehrheitsbeteiligungen beschränkt, sondern auch die Minderheitsbeteiligungen einbezogen werden, um ein vollständiges Bild der finanziellen Aktivitäten der Rundfunkanstalt zu erhalten. Insbesondere dort, wo der MDR nicht mit Mehrheit beteiligt ist, verfügt er nicht zwingend die vollständige Hoheit über die Geschäftsführung und es besteht die Gefahr, dass finanzielle Risiken zu Lasten des MDR eingegangen werden.</p>
<p>§ 44 42 Kündigung</p> <p>(1) Dieser Staatsvertrag gilt auf unbestimmte Zeit. Er kann jeweils zum Schluss eines Kalenderjahres mit einer Frist von zwei Jahren jedem der beteiligten Länder erstmals zum 31. Dezember 2001 gekündigt werden, erstmals zum 31. 12. 2021. Die Kündigungsfrist beträgt zwei Jahre. Wird der Staatsvertrag nicht gekündigt, verlängert er sich stillschweigend um jeweils fünf Jahre. Kündigt ein Land, kann</p>	

jedes andere innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung erklären, dass es sich dieser anschließt; ~~zwischen den übrigen Ländern bleibt der Staatsvertrag in Kraft.~~ Im Falle der Kündigung durch zwei Länder tritt der Staatsvertrag außer Kraft und ist der MDR als Rundfunkanstalt aufgelöst.

(2) Nach ~~der~~ einer Kündigung ~~kann jedes Land~~ oder Auflösung des MDR durch ~~Mitteilung an~~ Vereinbarung schließen die ~~anderen~~ Länder einen Staatsvertrag über die Auseinandersetzung.

(3) Für den Fall, dass ein Staatsvertrag ~~die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangen, das über~~ die Auseinandersetzung ~~endgültig~~ nicht innerhalb eines Jahres geschlossen wird, entscheidet ein von den Ländern einstimmig bestimmtes Schiedsgericht über die Auseinandersetzung. Das Schiedsgericht kann auch eine einstweilige Regelung treffen.

(4) Das Deutsche Medienschiedsgericht mit Sitz in Leipzig ist ein Schiedsgericht im Sinne von Absatz 3. Im Falle einer Einigung auf das Deutsche Medienschiedsgericht als Spruchkörper gelten dessen Verfahrensregeln.

~~(3-5)~~ Einigen sich die Länder nicht über die Zusammensetzung des Schiedsgerichtes, ernennen die Präsidenten der ~~Bezirksgerichte in Leipzig, Magdeburg und Erfurt~~ Obergerichtsgerichte des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Thüringen gemeinsam ein aus drei Mitgliedern bestehendes Schiedsgericht. Die Schiedsrichter müssen die Befähigung zum Richteramt besitzen.

Siehe die Beschlüsse der Mitgliederversammlung des Vereins Deutsches Medienschiedsgericht e.V. vom 10. Dezember 2020.